



Russland: Schere zwischen Arm und Reich wird größer

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

November 2019

Zusammenfassung

Die Einkommensungleichheit nahm in Russland zu und ist höher als in den USA und China: 10 % der reichsten Russen besitzen 83 % des russischen Gesamtvermögens. Russische Analytiker erwarten, dass die Proteste in den Regionen zunehmen und politischer werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die Zeitung *Wedomosti* teilte am 21. Oktober 2019 als ein Ergebnis der Vermögensumfrage der Credit Suisse mit, dass in Russland die Einkommensungleichheit im Laufe eines Jahres (vom Juli 2018 bis Ende Juni 2019) um 1 % zugenommen habe.¹ 10 % der reichsten Russen besitzen 83 % des Gesamtvermögens aller russischen Haushalte. Dieser Anteil sei deutlich höher als in anderen großen Volkswirtschaften: In den USA betrage der Anteil des nationalen Reichtums, den zehn Prozent der Reichsten besitzen, 76 %, in China 60 %. Zudem sei die Zahl der Milliardäre in Russland von 74 auf 110 Personen gestiegen.

Am 28. Oktober 2019 berichtete die Zeitung *Wedomosti* über die Untersuchung „Unpolitischer Proteste in den Regionen“ der Moskauer „Agentur für politische und wirtschaftliche Kommunikation“ (APEK)², wonach die Anzahl der sozialen Proteste zunehmen und dass diese politisiert sein werden.³ Darüber hinaus stellten die Experten einen Trend hin zu einer breiteren Einbeziehung von Menschen in die Protestagenda fest, die weit von der Politik entfernt sind.

Die allgemeine Struktur und Dynamik regionaler unpolitischer Proteste in Russland wurde auf der Grundlage der Ergebnisse der letzten eineinhalb Jahre folgendermaßen analysiert:

1. Die Situation des Protestes hat sich in vielen Fällen in Massenkampagnen mit regelmäßigen Kundgebungen und Streikposten verwandelt, deren Intensität sich in Wellen entwickelt. Zuerst ist die Kampagne gegen die Rentenreform zu nennen, die bisher nicht vollständig von der Tagesordnung verschwunden ist, dann die Kampagne gegen die „Müllreform“ und gegen die Initiative, Anlagen zur Behandlung radioaktiver Abfälle in einer Reihe von Regionen einzusetzen. Im Februar begannen landesweite Proteste unter dem Motto „Russland ist kein Müll“ (Unzufriedenheit mit dem Bau von Müllverbrennungsanlagen und neuen Deponien). Am massivsten wurde im Gebiet Archangelsk protestiert, wo der gesamte Moskauer Müll abgelagert werden soll. Und in vielen anderen Regionen (Kasan, Saratow, Krasnojarsk, Kaliningrad) fanden Kundgebungen statt, an denen Tausende Protestierende teilnahmen.
2. Es zeichnet sich eine Tendenz ab, die territoriale Lokalisierung des Protestes durch die Stärkung der horizontalen Solidarität zu überwinden. So wurde der Protest gegen die Deponie in Schijes im Gebiet Archangelsk nicht nur von den Regionen des Nordens, sondern auch von den Bewohnern von Moskau, St. Petersburg und anderen Regionen unterstützt.
3. Die Teilnahme an den Protestkundgebungen entspricht nicht dem Umfang der Tagesordnung. Die Agenda der Protestkundgebungen wird viel breiter als ursprünglich angekündigt. So klingen in fast allen Protestkundgebungen Parolen gegen die Renten- und die Müllreform an. Der offensichtliche negative kumulative Effekt der sozio-ökonomischen Politik des Staates als ganzer ist spürbar. Andererseits können Situationsprobleme als direkte Mobilisierungsfaktoren dienen.
4. Stabilere Bestrebungen nach neuen Organisationsformen und die Spezifität von Ansprüchen an die Macht deuten auf die Wahrscheinlichkeit einer Politisierung des Protestes hin, unabhängig von der Art seines ursprünglichen Inhalts.

¹ <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2019/10/21/814324-rossii-uvelichilos-neravenstvo>

² http://www.apecom.ru/projects/item.php?SECTION_ID=91&ELEMENT_ID=5673

³ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2019/10/28/814909-eksperti-predskazali>

5. In der ersten Hälfte des Jahres 2019 fanden landesweit mehrere hundert Proteste statt, hauptsächlich soziale Proteste, in geringem Umfang Umwelt- und Arbeitsproteste. Aktionen im großen Maßstab fanden dann statt, wenn die sozialen Probleme durch Umweltrisiken verstärkt wurden wie im Fall der Müllreform. Wenn gewöhnlich die Zahl der Teilnehmer bei lokalen Aktionen ca. zehn beträgt, steigt diese dann bei offensichtlichen Umweltrisiken auf hunderte oder sogar tausende.
6. Die derzeitige Dynamik unpolitischer Proteste in den Regionen lässt vermuten, dass die Zahl der Proteste in naher Zukunft nicht geringer ausfallen wird.

Laut einer Umfrage des Moskauer Lewada-Zentrums im August 2019 (22.-28.8.2019 1.608 Personen über 18 Jahren in 137 Bevölkerungspunkten in 50 Föderationssubjekten) beunruhigten die russische Gesellschaft folgende Probleme (über 10 % in Rangfolge)⁴: Preisanstieg 59 %, Armut, Verarmung des Großteils der Bevölkerung 42 %, Korruption und Bestechung 41 %, Anstieg der Arbeitslosigkeit 36 %, nicht ausreichender Zugang zu medizinischer Versorgung 30 %, scharfe Schichtung von Armen und Reichen, ungerechte Einkommensverteilung 29 %, Umweltverschmutzung 24 %, Wirtschaftskrise, Produktionsrückgang in Industrie und Landwirtschaft 24 %, Verteuerung von und Unzulänglichkeit der Bildung 22 %, Ansteigender Drogenkonsum 20 %, Anstieg der Migration 18 %, Krise von Moral, Kultur und Sittlichkeit 18 %, Bürokratische Willkür 16 %, schwache Regierungsführung 15 %, Unfähigkeit, die Wahrheit vor Gericht zu bringen 13 %, Polizeigewalt 11 %, verzögerte Auszahlung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen 10 %, Kriminalitätsanstieg 10 %.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

⁴ <https://www.levada.ru/2019/09/25/trevozhashhie-problemy-2/>